

einrichtungen und 2 Leiter von Untersuchungshaftanstalten aus dem Dienst entlassen. Ebenfalls bis zum 30. Juni 1990 erfolgten aus der Verwaltung Strafvollzug 10 Entlassungen, darunter des bisherigen Leiters der Verwaltung Strafvollzug.

Bis Ende 1990 ist die Entlassung weiterer Führungskräfte des Strafvollzuges vorgesehen. Das ist nicht nur aus disziplinarischen Gründen, sondern auch aus Gründen des Alters einzelner Mitarbeiter. Gegenüber allen Angehörigen des Strafvollzuges, bei denen Rechtsverstöße im Rahmen ihrer Dienstdurchführung bekannt wurden, erfolgte die Einleitung entsprechender Ermittlung. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, und ich muß Ihnen sagen: Ich kann als Innenminister nur indirekt auf die Arbeit der Ermittlungsorgane Einfluß nehmen.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine persönliche Bemerkung, Frau Abgeordnete. Ich habe in meinen jetzt fast hundert Tagen Amtszeit häufig - häufiger als es in der Presse bekannt wurde - Strafvollzugseinrichtungen besucht und bin selber emotional stark berührt von der Unterbringung und von der sozialen Situation. Ich muß Ihnen aber sagen, in Gebäuden, die 100 Jahre alt und älter sind, wo Strafvollzugseinrichtungen seit...zig Jahren wirksam sind, ist es sehr schwer, Licht, Farbe und vielleicht auch ein bißchen Lebensfreude hineinzubringen. Das ist auf jeden Fall mit Geld, mit Aufwand verbunden. Ich habe die eigenartige Ehre gehabt, in Leipzig auch das Dachgebälk einer Strafvollzugseinrichtung zu besuchen. Und ich muß Ihnen sagen, dieser Zahn des Altertums nagt genauso an unserem Strafvollzug. Ich glaube aber, daß mit dem Umdenken meiner Beamten - das ist das falsche Wort -, meiner Mitarbeiter in den letzten Monaten hier eine große Bereitschaft vorhanden ist, den neuen Gesichtspunkten, dem wichtigen Aspekt der Resozialisierung Rechnung zu tragen. Gegenwärtig sind wir durch die finanziellen und materiellen Möglichkeiten beschränkt. Ich glaube aber, daß ein Aufruf von dieser Position aus an die Industrie, an den Handel, zum Beispiel Fernseher, möglicherweise auch technisch veraltete Fernseher, die sich nicht mehr veräußern lassen, hier für die Resozialisierung einzusetzen, hilfreich sein könnte. Ich habe dort elektroakustische Geräte, Radios und Fernseher gesehen, meine hochverehrten Abgeordneten, die eines Rundfunkmuseums würdig gewesen wären. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke dem Herrn Minister und komme dann zum Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung. Ich bitte die Abgeordnete Grabe vom Bündnis 90/Grüne um die Frage und den Parlamentarischen Staatssekretär Wieczorek um die Antwort.

Frau Grabe (Bündnis 90/Grüne):

Was sagen Sie zu den Informationen, daß 30 000 Tonnen Giftgas in neun Depots auf dem Gebiet der DDR gelagert sein sollen, und sind Sie wie wir der Ansicht, einer internationalen Prüfungskommission der UNO das Recht einzuräumen, überall und jederzeit konkrete Verdachtsmomente vor Ort zu überprüfen und so Ängste, Sorgen und Spekulationen abzubauen?

Dr. Wieczorek, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, ich muß Ihnen sagen, daß uns das in der Presse aufgeworfene Problem der vermuteten Stationierung und Lagerung von chemischen Kampfstoffen in der DDR auch erneut sehr beunruhigt hat. Sie wissen ja, wir haben vor diesem Hohen Hause schon einmal dazu Stellung genommen, und wir konnten Ihnen damals versichern, daß nach den uns zugänglichen Informationen und auch Recherchen hier keine chemischen Kampfstoffe lagern.

Ich möchte hier noch einmal betonen: Die Truppen der Nationalen Volksarmee sind nicht mit Kampfstoffmunition ausgestattet,

sie wird in der Nationalen Volksarmee auch nicht gelagert, bis auf die kleinen Mengen im Bereich Storkow. Ich will sie Ihnen noch einmal nennen: 700 g nervenschädigende Kampfstoffe, 206 kg hautschädigende Kampfstoffe und 39 g psychotoxische Chemikalien, die zu Prüf- und Ausbildungszwecken auf dem Übungsplatz Chemische Dienste Standort Storkow, an der Offiziershochschule „Ernst Thälmann“ der Landstreitkräfte Standort Löbau, an der Militärmedizinischen Sektion der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und am ehemaligen Militärtechnischen Institut Standort Königs Wusterhausen verwendet werden.

Nach den allen Abgeordneten zugänglichen Informationen der Sowjetunion und nach Versicherungen, die gegenüber dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung zusätzlich von leitenden Herren des Kommandos der Westgruppe der Streitkräfte bei einem Zusammentreffen am 17. Juli 1990 zum Ausdruck gebracht wurden, gibt es in den sowjetischen Truppen auf dem Territorium der DDR keine chemischen Waffen.

Die uns natürlich belastenden Informationen - ich habe das eben angedeutet - haben bei uns den Entschluß reifen lassen, offen und öffentlich den realen Nachweis zu erbringen, daß unser Wort gilt und daß alle Zweifel und Besorgnisse aus unserer Sicht unberechtigt sind. Seit dem 18. Juli unterziehen wir uns in relevanten Objekten einer gemeinsamen Test- oder auch Selbstinspektion durch Spezialisten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee. Bekanntlich hat ja die UdSSR das Angebot unterbreitet, Vertretern der Bundeswehr und der NVA die Möglichkeit zu geben, sich von der Zuverlässigkeit ihrer Versicherung an Ort und Stelle zu überzeugen.

Wir müssen aber sagen, daß aus prinzipiellen Überlegungen hier zwischen der UdSSR und den USA als Hauptpartnern eines C-Waffen-Verbots Regelungen erfolgen müssen.

Aus unserer Sicht - und damit komme ich zu Ihrem Vorschlag - könnte zu jeder Zeit eine Kommission der UN-Abrüstungskonferenz in Genf, die sich auch mit den Modalitäten des Verbots chemischer Waffen befaßt, die für erforderlich gehaltenen Einrichtungen der DDR besichtigen. Mir liegen die ersten Ergebnisse der bisherigen Inspektionstätigkeit vor, die am 18. Juli 1990 um 11.00 Uhr in einem durch Verdacht belasteten Objekt der NVA begann, nämlich in diesem von mir hier genannten Standort Storkow. Ich kann das Hohe Haus über folgenden Zwischenstand informieren: Die Verdachtsmomente über die Lagerung von chemischen Waffen in einer Einrichtung der NVA im Raum Storkow haben sich bisher nicht bestätigt; die Inspektion wird fortgesetzt. Man hat über die von mir nochmals genannten dort gelagerten Mengen nichts feststellen können.

Die uneingeschränkte Offenheit bei der bisherigen Arbeit hat die Vertreter der Bundeswehr in der gemeinsamen Test- und Inspektionsgruppe voll zufriedengestellt. Das wurde gestern auch in einem Pressegespräch so bekanntgegeben.

Ein vorläufiges Gesamtfazit der Inspektion wird nach deren Abschluß in ein bis zwei Tagen möglich sein; die Endergebnisse werden erst nach Auswertung der Proben nach etwa zwei Wochen in vollem Umfang vorliegen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, was natürlich auch die Belastung des Bodens in dem dort befindlichen Testgelände betrifft.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke. - Eine Frage zur Sache? - Bitte schön.

Börner (PDS):

Herr Staatssekretär, können Sie erklären, warum im Haushaltsplan des Ressorts für September/Oktobre eine um 40 % höhere Zahl von Grundwehrdienstpflichtigen einzuziehen ist, als zur gleichen Zeit entlassen werden? Die Zahlen sind konkret 14000 Entlassungen und 19 500 Neueinberufungen für den Grundwehrdienst. Was steckt dahinter?